



BAG GPV

Bundesarbeitsgemeinschaft
Gemeindepsychiatrischer Verbände e.V.

Oppelner Straße 130
53119 Bonn

Telefon 0228 3907637
Telefax 0228 3907639

info@bag-gpv.de
www.bag-gpv.de

Projektzeitraum 01.06.2017 – 31.05.2019

Zwang und Zwangsvermeidung im psychiatrischen Hilfesystem in Nordrhein-Westfalen – Betroffenenbefragung

Das Projekt wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände e.V. (BAG GPV), unter der Förderung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, durchgeführt. Das Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf begleitet das Projekt beratend. Das Hauptaugenmerk dieses Projekts liegt auf der Befragung der Betroffenen. In klinischen Untersuchungen wird die Betroffenen-/Erfahrenenperspektive oft weniger beachtet, die jedoch in der Vermeidung von Zwang und in der Alternativensuche im psychiatrischen Hilfesystem besonderes Potential birgt. Dies liegt u.a. an der schwierigen Erreichbarkeit früherer Patienten. Nach einer Zwangsbehandlung möchten viele Patienten zunächst nicht wieder in Kontakt mit der Psychiatrie treten.

Bei zwangsweiser Behandlung kann es zu Erlebnissen mit traumatisierender Wirkung kommen. Vor dem Hintergrund dieser Problematik sollen in diesem Projekt vorzugsweise Peers (frühere Patienten, ggf. mit einer speziellen Ausbildung) die Betroffenen befragen. In landesweiten, semi-strukturierten Interviews können diese offener mit den Patienten und Patientinnen über deren Erfahrungen sprechen als es z.B. die Klinikangestellten könnten. Dadurch erschließt sich ein Mehrgehalt an Informationen und zusätzlich eine Unterstützung der Peer-Begleitung im Land.

Darüber wird erkundet, welche Maßnahmen in NRW zur Vermeidung von Zwang ergriffen werden bzw. welche bekannt sind und welche sich als besonders wirksam erweisen.

Die Erhebungen sollen sämtliche Landesteile einbeziehen. Die Peers/Ex-In-Begleiter erhalten dazu Unterstützung der BAG GPV in Gestalt von Besuchen und anderen Kontakten, Beratung und Workshops zur Ausbildung in Interviewtechniken. Ein Honorarbetrag ist für die Unterstützung der Peerbegleiter vorgesehen. Alle Erfahrungen werden am Ende des Projekts in einem Bericht ausgewertet und Empfehlungen an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen zur Vermeidung von Zwang im psychiatrischen Hilfesystem u.a. aus der Sicht von Betroffenen übergeben.

Interessierte Akteure erhalten nähere Informationen unter www.bag-gpv.de und über unsere Geschäftsstelle (Linda Mische, Telefon 0228 / 3907637 oder E-Mail nrw-projekt@bag-gpv.de). Nehmen Sie gerne auch Kontakt zu uns auf, wenn Sie am Projekt mitwirken möchten oder weitere Anregungen haben.

Gefördert vom

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



geschäftsführender Vorstand:

**Bankverbindung:
Vereinsregister:**

Matthias Rosemann (Vorsitzender), Jessica Odenwald (stellv. Vorsitzende), Dr. Klaus Obert (stellv. Vorsitzender),
Edwin Stille (Schriftführer), Nils Greve (Finanzverwalter)
Sparkasse KölnBonn; SWIFT-BIC COLSDE 33; IBAN DE 72 3705 0198 1929 6142 02
8601 Amtsgericht Bonn